

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

25. Jahrgang

Berlin, den 3. Oktober 1958

Nummer 40

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Zur konjunkturellen Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika

Anfang September veröffentlichte die amerikanische Bundesregierung die revidierten Vorschläge der Einnahmen und Ausgaben für das Finanzjahr 1958/59, das am 1. 7. 1958 begonnen hat; das „midyear budget“ schließt mit einem Defizit von 12,2 Mrd. \$ ab<sup>1)</sup>. Dieser an die Stelle eines geringen, ursprünglich erwarteten Einnahmeüberschusses getretene Fehlbetrag wird in der offiziellen Stellungnahme mit dem Hinweis kommentiert, das sich hierin in erster Linie die Auswirkungen der jüngsten „recession“ niederschlagen. Allein die Einnahmeveranschätzungen weisen — bei unveränderten Steuersätzen — gegenüber den zu Jahresbeginn vorgelegten Daten einen Rückgang um fast 7,5 Mrd. \$ auf, während gleichzeitig von der Ausgabenhöhung um reichlich 5 Mrd. \$ über 1,5 Mrd. \$ als unmittelbar durch die Unterbeschäftigung der amerikanischen Wirtschaft bedingt ausgewiesen werden.

Vorschlag des amerikanischen Bundeshaushalts<sup>1)</sup>  
Finanzjahr 1958/59 (1. 7. 1958 — 30. 6. 1959)  
in Mrd. \$

	Schätzungen nach dem Stande von		Differenz
	Januar 1958	Jahresmitte 1958	
Einnahmen . . . . .	74,4	67,0	- 7,4
Ausgaben . . . . .	73,9	79,2	+ 5,3
Saldo . . . . .	+ 0,5	-12,2	-12,7

<sup>1)</sup> Ohne Sozialversicherungsträger u. ä.

Die Kosten, die der Bundesregierung nach diesen Vorausschätzungen durch die „recession“ aufgebürdet zu werden drohen, sind beachtlich. Sie sind kaum weniger eindrucksvoll als der volkswirtschaftliche Verlust, der den Vereinigten Staaten innerhalb Jahresfrist auf Grund der konjunkturellen Abschwächung bereits entstanden ist und der sich auf 4—5 vH der Wertschöpfung belaufen dürfte. Eine Entlastung des amerikanischen Bundeshaushalts durch vermehrte Einnahmen einerseits und verminderte Ausgaben andererseits hängt von der Stärke der sich seit den

<sup>1)</sup> Nach Einschluß der Transaktionen der Sozialversicherungsträger u. ä. erhöht sich das Defizit auf 13,9 Mrd. \$.

Frühsommermonaten in der Wirtschaft regenden Auftriebskräfte ab. Gegenwärtig zählen zu den expansiven Faktoren der private Wohnungsbau, die Lagerdispositionen der Wirtschaft und die Aufwendungen der Öffentlichen Hand. Der private Verbrauch, der etwa im Rahmen der Einkommensentwicklung wächst, spiegelt dagegen vor allem die regere Wirtschaftstätigkeit in den einkommensbestimmenden Wirtschaftsbereichen wider, daneben spielen natürlich weiterhin die Unterstützungszahlungen eine wichtige Rolle.

Die Belebung der privaten Wohnbautätigkeit findet ihren Ausdruck nicht mehr nur in den Angaben über die Baubeginne, sondern auch in den tatsächlichen Bauaufwendungen, die in den Monaten Juli und August dieses Jahres den Vorjahrsstand — auf Jahresbasis — um 1 Mrd. \$ oder reichlich 5 vH übertrafen. Sie blieben damit allerdings immer noch hinter den für die Errich-

Private Wohnbautätigkeit in den USA  
in 1 000 Wohneinheiten

Monatsdurchschnitt	Baubeginne		
	Insgesamt	frei finanziert	mit staatlicher Finanzierungshilfe
1954 . . . . .	100,1	51,5	48,6
1955 . . . . .	109,1	53,3	55,8
1956 . . . . .	91,2	52,9	38,3
1957 . . . . .	82,7	58,0	24,7
1957 Januar—März . .	67,5	47,0	20,5
April—August . .	94,7	67,1	27,6
1958 Januar—März . .	67,1	50,1	17,0
April—August . .	103,2	67,2	36,0

tung von Wohnbauten aufgewandten Beträgen des Boom-Jahres 1955 zurück. Infolge der gestiegenen Baukosten ist das Bauvolumen gegenwärtig noch weit niedriger. Die erhöhte Aktivität ist überwiegend auf den mit staatlichen Mitteln geförderten Wohnungsbau zurückzuführen. Wenn die hiervon unmittelbar und mittelbar ausgehenden, die gesamte Wirtschaftstätigkeit belebenden Impulse nur begrüßt werden können, so gibt diese Tatsache jedoch auch Anlaß zu skeptischer Beurteilung der künftigen Entwicklungstendenzen. Der amerikanische Kongreß hat der Federal

National Mortgage Association (FNMA) zur Übernahme von Hypotheken bevorrechtigter Bevölkerungsgruppen (ehemalige Kriegsteilnehmer und Minderbemittelte) einen Betrag von reichlich 1 Mrd. \$ zur Verfügung gestellt, um der „recession“ am Bauplatz entgegenzuwirken. Bis Anfang des Monats September waren von dieser Stelle Hypothekenzusagen in Höhe von mehr als 800 Mill. \$ gegeben worden. Der Spielraum für weitere Bewilligungen ist demnach heute schon wieder begrenzt, wenn auch angenommen werden kann, daß nicht alle der bisher gestellten Anträge auf Finanzierungshilfe ausgenutzt werden. Aber nicht nur, weil dieser Fonds weitgehend ausgeschöpft ist, muß damit gerechnet werden, daß die Auftriebskräfte im Bereich des privaten Wohnungsbaus an Intensität verlieren werden, sondern auch auf Grund der jüngsten Zinsentwicklung am amerikanischen Kapitalmarkt. Für die mit einer staatlichen Garantie versehenen Hypotheken sind Höchstzinssätze vorgeschrieben, die bei 4,75 bzw. 5,25 % liegen. Da sich bei einer weiteren Anhebung des durchschnittlichen Zinsniveaus lukrativere Anlagen finden, büßen diese Hypotheken für Kapitalgeber an Reiz ein, so daß die Finanzierung des staatlich geförderten Wohnungsbaus sich wieder erschweren dürfte. Der staatlich geförderte Wohnungsbau ist in den letzten Jahren als ein antizyklisches Nachfrageelement eingesetzt worden — der Boom in der Bauwirtschaft 1954, der ein wesentlicher Faktor in der Überwindung der „recession“ 1953/54 war, ist ebenso wie die Abschwächung in den Jahren 1956 bis Anfang 1958 auf die Veränderungen der mit staatlicher Hypothekengarantie durchgeführten Wohnbautätigkeit zurückzuführen, während der frei finanzierte Wohnungsbau nur geringe Schwankungen zeigte. Die allgemeine Kreditverteuerung und darüber hinaus die bereits im August verfügten Ankauferschwerungen dieser Hypotheken durch die FNMA dürften dem Wohnungsbau aber eben die Stützen entziehen, die Ursache der augenblicklichen Erholung sind.

Von den Investitionsaufwendungen der Wirtschaft für Anlagezwecke sind nachhaltige Impulse kurzfristig kaum zu erwarten. Zwar lassen die Angaben des Department of Commerce über die Investitionsplanungen der Wirtschaft bereits im vierten Quartal 1958 auf eine leichte Zunahme der Aufwendungen, vor allem in den Industriezweigen, die nichtdauerhafte Güter herstellen, schließen, doch finden diese Daten keine Bestätigung in den Investitionsbefragungen, die von dem National Industrial Conference Board durchgeführt werden. Diese zeigen vielmehr bis zur Jahresmitte 1958 — weitere Angaben liegen nicht vor — noch einen Rückgang der Mittelbewilligungen, der sich mit einer zeitlichen Verschiebung von einigen Monaten in der effektiven Nachfrage nach Investitionsgütern niederschlagen dürfte.

Die regere Nachfrage der Öffentlichen Hand und der Bauwirtschaft brachte zusammen mit der Zunahme der Verbraucherausgaben den Lagerbestand und die Umsätze der Wirtschaft insgesamt wieder in eine günstigere Relation, so daß der Lagerabbau in der jüngsten Vergangenheit nur noch verlangsamt fortgesetzt wurde. Die von den Unternehmungen und der Öffentlichen Hand

erteilten Aufträge haben darüber hinaus auch zu einer Verbesserung der Relation von Lagerbestand zu Auftragseingängen und einer — vorerst jedoch nur geringen — Steigerung des Auftragsbestandes der verarbeitenden Industrie geführt. Von dieser Entwicklung haben sowohl die Industriezweige, die dauerhafte Güter als auch diejenigen, die nichtdauerhafte Güter herstellen, profitiert. Die Lagerdispositionen sind aber bei der gegenwärtigen Konstellation der konjunkturellen Kräfte eher eine von der Endnachfrage abhängige als eine autonome Größe, sie dürften daher der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung eher folgen als sie bestimmen.

Die wirtschaftliche Erholung in den Vereinigten Staaten wird weitgehend von der Entwicklung des Verbrauchs und der Investitionen der Öffentlichen Hand bestimmt werden. Von der Haushaltsgebarung der Bundesregierung werden in den kommenden Monaten Anregungen auf die wirtschaftliche Aktivität ausgehen, doch ist auch hier bei der Beurteilung eine gewisse Vorsicht geboten. So dienen die Mehrausgaben zu einem beachtlichen Teil der Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung, der Agrarsubventionen und des staatlich geförderten Wohnungsbaus. Diese Übertragungszahlungen stützen die Nachfrage der begünstigten Wirtschaftsgruppen bzw. regen sie an; ihre Wirkungen auf die Wertschöpfung wurden aber schon bei den übrigen Verwendungsbereichen berücksichtigt und müssen hier außer Ansatz bleiben, um Doppelzählungen zu vermeiden. Da die im Haushaltsvoranschlag vorgesehene Anhebung der Löhne und Gehälter der beim Bund Beschäftigten, die mit etwa 1,5 Mrd. \$ jährlich angesetzt ist, bereits im Monat Juli dieses Jahres erfolgte, werden zusätzlich expansive Einflüsse von dieser Mehrausgabe nicht mehr wirksam werden. Für Verteidigungszwecke einschließlich militärischer Hilfe an das Ausland sind im Haushaltsvoranschlag Ausgabenerhöhungen im Betrage von 1,8 Mrd. \$ angesetzt. Die in den beiden ersten Monaten des laufenden Rechnungsjahres geleisteten Zahlungen spiegeln diese Ausgabenheraufsetzung noch nicht wider, so daß mit einer steigenden Inanspruchnahme von Gütern und Diensten durch die Öffentliche Hand in diesem Bereich gerechnet werden kann. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben der Bundesregierung in den Monaten Juli und August dieses Jahres auf 76,8 Mrd. \$ — Jahresbasis — gegenüber 79,2 Mrd. \$ im Haushaltsvoranschlag.

Bei den Staaten und Gemeinden ist auch weiterhin mit einer Zunahme der Ausgaben zu rechnen. Allerdings würde auch in diesem Teilbereich durch eine nachhaltige Verteuerung der Kreditkosten die Durchführung geplanter Investitionen erschwert. Für die Mehrzahl dieser Körperschaften sind ähnlich wie für die staatlich gesicherten Hypotheken Höchstzinssätze vorgeschrieben, wodurch sich eine Mittelaufnahme verbietet, wenn die Kapitalmarktzinsen diesen Satz überschreiten.

Alles in allem lassen die Indikatoren heute noch keine eindeutigen Rückschlüsse auf Dauer und Stärke der vorhandenen Auftriebskräfte zu. Unter diesen Umständen könnte sich die Tatsache, daß die wirtschaftspolitische Führung die „recession“ zugelassen hat, die ihrerseits das voraussichtlich hohe Defizit des Bundeshaushalts be-

dingt, verhängnisvoll auswirken. Dann nämlich, wenn zur Bekämpfung der vermeintlichen, mit dem Hinweis auf das Defizit begründeten Inflationsgefahren Gedanken an Steuererhöhungen schon zu einem Zeitpunkt auftauchen könnten, an dem die wirtschaftliche Erholung noch keineswegs fundiert ist. Der Gedanke, das Defizit durch Steuererhöhungen zu decken, ist bereits in die Debatte geworfen worden. Die Befürchtung, daß

dieser Vorschlag Anhänger finden könnte, ist nicht von der Hand zu weisen. Ob der amerikanischen Wirtschaft allerdings eine Phase neuen wirtschaftlichen Wachstums gegeben sein könnte, wenn sich die Auftriebskräfte nicht nur gegen eine Kreditverknappung und Kreditverteuerung, sondern auch gegen eine steuerliche Mehrbelastung durchzusetzen hätten, ist zumindest fraglich.

## Wirtschaftliche Fragen der Fürsorgereform

Im Rahmen der Sozialreform ist als einer der weiteren Schritte für die nächsten Monate eine Reform des Fürsorgerechtes geplant. Nach Presseverlautbarungen<sup>1)</sup> hat der Bundesinnenminister einen Entwurf für ein „Gesetz über die Gewährung von Sozialhilfe“ veröffentlicht, der neben einer Reihe neuer Grundsätze bereits in der Terminologie das Bestreben des Gesetzgebers zum Ausdruck bringen soll, neben der pflegerischen Betreuung Hilfsbedürftiger stärker als bisher konstruktive Maßnahmen zu betonen. Hierzu gehört u. a. ihre wirtschaftliche Wiedereingliederung in das Wirtschaftsleben, soweit die persönlichen Voraussetzungen im Einzelfall hierfür vorhanden sind.

Sozialleistungen der Öffentlichen Hand\*)

Träger	1955	1956	1957	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
				1956/55	1957/56
	in Mrd. DM			in vH	
Sozialversicherung	9,9	11,2	15,1	+ 13	+ 35
Sonstige öffentl. Stellen . . . . .	7,4	7,8	7,9	+ 5	+ 1
Sozialleistungen insgesamt . . . . .	17,3	19,0	23,0	+ 10	+ 21

\*) Ohne Sachleistungen und Verwaltungskosten.

In volkswirtschaftlicher Sicht erscheint an den bekannt gewordenen Grundzügen des Entwurfes vor allem wichtig, daß bei der Umgestaltung der bisher zu einem großen Teil für die Behebung von allgemeinen Notständen zuständigen Fürsorge — es handelt sich vor allem um die offene Fürsorge — zu einer sich stärker individuellen Notständen zuwendenden Sozialhilfe mit einer Entlastung der Fürsorgeträger in finanzieller Hinsicht und mit einem Rückgang der Zahl Hilfsbedürftiger gerechnet wird. Eine derartige Entwicklung hat sich zum Teil bereits aus der Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und aus der Erhöhung anderer Sozialleistungen (durch die Ge-

Bruttoaufwand der öffentlichen Fürsorge\*)  
(einschließlich Thc-Hilfe)

Vierteljahre	1955	1956	1957	1958	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
					1956/55	1957/56	1958/57
	in Mill. DM				in vH		
I	375,9	351,0	362,2	389,9	- 7	+ 3	+ 8
II	217,4	270,1	281,4	.	+ 24	+ 4	.
III	273,0	307,1	320,7	.	+ 13	+ 4	.
IV	330,2	332,2	345,5	.	+ 1	+ 4	.
Gesamtaufwand	1196,5	1260,4	1309,8	.	+ 5	+ 4	.

\*) Quelle dieser und der folgenden Tabellen: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/28, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden.

<sup>1)</sup> Vgl. u. a. „Welt der Arbeit“, Nr. 36 vom 5. 9. 1958.

setze zur Reform der Renten- und Unfallversicherungen) ergeben und wird sich in Zukunft fortsetzen. Der absolute Aufwand für Fürsorgeunterstützungen ist zwar im Jahre 1957 noch etwas gestiegen, weil sich die Erhöhung anderer Sozialleistungen vom Frühjahr 1957 nicht sofort auswirken konnte und weil in der Zwischenzeit die Unterstützungssätze der Fürsorge sowie die Bedürftigkeitsgrenzen heraufgesetzt wurden. Der Fürsorgeaufwand ist andererseits in den beiden letzten Jahren geringer gestiegen als der Aufwand für andere Sozialleistungen, vor allem der Sozialversicherungsrenten.

Die Nettoaufwendungen der Fürsorge liegen durch Rückerstattungen um 23 bis 26 vH unter den Bruttoausgaben. Außerdem enthält der Gesamtaufwand auch Unterstützungen, die unabhängig von den übrigen Sozialleistungen gezahlt werden, z. B. die Fürsorge für Zugewanderte oder die ständig zunehmende „soziale Fürsorge“ (Berufsfürsorge, Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen nach §§ 25 bis 27 des Bundesversorgungsgesetzes) sowie die Thc-Hilfe als Leistung der nicht zum engeren Aufgabenbereich der öffentlichen Fürsorge zählenden Gesundheitsfürsorge. Einflüsse der Beschäftigungslage und der Erhöhung anderer Sozialleistungen werden dagegen hauptsächlich in der allgemeinen Fürsorge sichtbar.

Nettoaufgaben der Allgemeinen Fürsorge  
in Mill. DM

Zeit	Allgemeine Fürsorge	d a v o n	
		offen	geschlossen
1957 I. Vj.	215,8	112,3	103,5
II. "	166,2	98,9	67,3
III. "	185,5	98,9	86,6
IV. "	204,3	111,4	92,9
1958 I. Vj.	218,9	102,3	116,6

Diese Zahlen lassen deutlich den Rückgang des Aufwandes im zweiten Vierteljahr 1957 nach Inkrafttreten der neuen Rentengesetze erkennen. Durch die erhebliche Erhöhung der Pflegekostensätze sind die Ausgaben der geschlossenen Fürsorge zwar in den letzten Monaten gestiegen; diese Bewegung erfolgte jedoch unabhängig von anderen Sozialleistungen. Das Bild des Aufwandes wird allerdings durch heterogene Einflüsse sowie durch die in den einzelnen Bundesländern zeitlich und im Betrag verschiedene Erhöhung der Unterstützungssätze und der Bedürftigkeitsgrenzen beeinträchtigt. Deshalb sind die Wirkungen der neueren Sozialgesetzgebung auf die Aufgaben der Fürsorge deutlicher an den Zahlen der Unterstützungs empfänger abzulesen.

Die von der offenen Fürsorge laufend Unterstützten (für die geschlossene Fürsorge werden aus methodischen Gründen, vor allem im Hinblick auf die unterschiedliche Aufenthaltsdauer in den Anstalten, Zahlen der Betreuten nicht ausgewiesen) setzen sich aus folgenden drei Hauptgruppen zusammen: unterstützte Zuwanderer, Empfänger von sozialer Fürsorge und Empfänger der allgemeinen Fürsorge, der traditionellen Fürsorge im engeren Sinne. Faktoren aus dem

Von der offenen Fürsorge (einschl. Tbc-Hilfe)  
laufend unterstützte Familien

Vierteljahre	1955	1956	1957	1958	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
	in 1 000 Parteien				in vH		
	1956/55	1957/56	1958/57				
I	630	613	674	622	- 3	+ 10	- 8
II	589	585	580	.	- 1	- 1	.
III	593	618	591	.	+ 4	- 4	.
IV	609	659	612	.	+ 8	- 7	.

politischen Bereich beeinflussen die Zahl der hilfsbedürftigen Zuwanderer; infolge der günstigen Arbeitsmarktsituation glichen sich im Jahre 1957 Zu- und Abgänge dieser Kategorie ungefähr aus. Trotz erhöhter Leistungen nach der 6. Novelle zum Bundesversorgungsgesetz führte eine Erweiterung der Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen im Rahmen der sozialen Fürsorge zu einer Steigerung ihrer Empfängerzahlen; bei dieser Kategorie handelt es sich um kriegsbedingte Ausgaben, zugleich aber auch um soziale Ausgaben, die der Wirtschaft später in Gestalt ausgebildeter Arbeitskräfte zugute kommen. Ein zeitlicher Vergleich der Empfängerzahlen der allgemeinen Fürsorge dagegen für die beiden letzten Jahre — vor allem der zusätzlich Unterstützten — ergibt einen wesentlich stärkeren Rückgang als bei allen anderen Unterstütztenkategorien. In dieser Gruppe haben sich die Leistungsverbesserungen der Renten- und Unfallversicherungen sowie der Kriegsoferversorgung am stärksten ausgewirkt, so daß die Zahl der von der Fürsorge Unterstützten ständig geringer wurde: der Rückgang gegenüber dem entsprechenden Vorjahresvierteljahr betrug im 2. Vierteljahr 1957 4,5 vH, im 3. Vierteljahr 6,4 vH, im 4. Vierteljahr 9,7 vH und setzte sich im 1. Vierteljahr 1958 mit einem Rückgang von 10,7 vH weiter fort.

Zwei Sondererhebungen über die Struktur der laufend von der offenen Fürsorge Unterstützten in den Monaten September 1956 und 1957 geben Aufschluß über die Wirkungen der Wirtschaftsentwicklung und die Erhöhung anderer Sozialleistungen auf die Zahl und die Zusammensetzung der Unterstützungsempfänger.

Sondergruppen der von der offenen Fürsorge  
laufend Unterstützten  
in 1 000 Parteien

Kategorie der Unterstützungsempfänger	September 1956		September 1957	
	voll	zusätzl.	voll	zusätzl.
	Unterstützte		Unterstützte	
Empfänger sozialer Fürs.	18,3	83,3	5,3	100,0
Arbeitslose . . . . .	4,2	5,1	14,8	8,8
Hilfsbedürftige von 65 und mehr Jahren . . . . .	43,1	80,6	43,4	62,3
Sonstige <sup>1)</sup> . . . . .	153,1	146,5	146,0	130,1
Laufend Unterstützte insgesamt . . . . .	218,7	315,5	209,5	301,2

<sup>1)</sup> Empfänger von Ausbildungsbeihilfen, Tbc-Hilfe, Pflegekinder, Schwererwerbsbeschränkte u. a. m.

Die Verschiebung zwischen den Zahlen der voll und der zusätzlich unterstützten Empfänger sozialer Fürsorge bei leicht ansteigender Gesamtzahl beruht auf einer unterschiedlichen Zuordnung in den beiden Erhebungen. In der Zunahme der Arbeitslosen unter den Unterstützungsempfängern trotz günstiger Arbeitsmarktlage kommt die Wirkung der strengeren Bestimmungen hinsichtlich der Gewährung von Arbeitslosenhilfe nach der Novelle zum AVAVG im Frühjahr 1956

zum Ausdruck; dadurch ist in vielen Fällen Fürsorgeunterstützung an die Stelle von Arbeitslosenhilfe getreten. Dagegen ist die Zahl der neben Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe zusätzlich unterstützten Arbeitslosen von September 1956 bis September 1957 erheblich (um 73,8 vH bei Empfängern von Arbeitslosengeld und um 0,3 vH bei den längerfristig arbeitslosen Empfängern von Arbeitslosenhilfe) zurückgegangen. Vor allem wird jedoch der Einfluß der bisher durchgeführten Teile der Sozialreform in der Zusammensetzung und der zahlenmäßigen Entwicklung der auf die Unterstützung angerechneten Einkommen der Unterstützten sichtbar:

Arten und Fälle der auf die laufenden Unterstützungen angerechneten Einkommen (einschl. Mehrfachkombinationen) nach den Ergebnissen der Zusatzerhebungen 1956 und 1957

Art des angerechneten Einkommens	Von 100 zusätzl. unterstützten Parteien hatten angerechn. Eink. d. betr. Art im September 1957	Veränderung gegenüber Sept. 1957 gegenüber Sept. 1956 in vH des Bestandes der betr. Gruppe
Renten d. Unfall- u. Rentenversicherung an		
Versicherte . . . . .	26,2	- 19,3
Witwen und Eltern . . . . .	10,3	- 26,1
Waisen . . . . .	21,6	+ 26,1
Kriegsbeschädigtenrenten . . . . .	3,9	+ 14,9
Kriegshinterbliebenenrenten . . . . .	27,6	+ 14,3
Arbeitslosengeld . . . . .	0,2	- 73,8
Arbeitslosenhilfe . . . . .	1,0	- 0,3
Kriegsschadenrente . . . . .	2,6	- 23,6
Sonstige Einkommen <sup>1)</sup> . . . . .	55,0	+ 6,3
Zusätzlich unterstützte Parteien insgesamt . . . . .		- 4,5

<sup>1)</sup> Einschl. Ausbildungsbeihilfen nach LAG, Lehrlingsvergütungen und Unterhaltsbeiträgen.

Die bisherige effektive Entlastung der Fürsorge durch die wirtschaftliche Entwicklung und die Erhöhung anderer Sozialleistungen scheint nach diesen Zahlen nicht den früheren Erwartungen zu entsprechen. Das Bild verändert sich jedoch bei einer Untersuchung mit Hilfe dieser Analyse und eines zeitlichen Vergleiches darüber, wie hoch die finanzielle Belastung der Fürsorge gewesen wäre, wenn bei ähnlicher Entwicklung der Empfängerzahlen andere Sozialleistungen nicht erhöht worden wären: bei der Annahme, daß die Zu- und Abgänge der Unterstützungsempfänger der offenen allgemeinen Fürsorge in den letzten drei Vierteljahren 1957 etwa die gleichen wie 1956 gewesen wären, hätten am Jahresende 1957 allein weitere 84 900 Familien Unterstützungen bezogen und bei gleichbleibender Entwicklungsrichtung einen jährlichen Mehraufwand von 100 Mill. DM verursacht; zusammen mit der geschlossenen Fürsorge, deren Aufwand ebenfalls durch die Sozialgesetzgebung des Jahres 1957 entlastet wurde, hätte jährlich ein um etwa 150 bis 170 Mill. DM höherer Betrag als gegenwärtig aus Steuermitteln für die öffentliche Fürsorge zur Verfügung gestellt werden müssen.

Volkswirtschaftlich wichtig ist an dieser Entwicklung, daß der durch die Sozialreform bisher vermiedene Mehraufwand hauptsächlich jene Kategorien von Unterstützten betrifft, die nunmehr von der Sozialversicherung ausreichendere Mittel zum Lebensunterhalt bekommen. Ausbildungs- und berufsfördernde Hilfen dagegen sind im untersuchten Zeitraum gestiegen (u. a. Leistungen der sozialen Fürsorge, Erziehungsbeihilfen an Waisen der Kriegsoffer); als soziale Ausgaben zugunsten der künftigen Arbeitskraftkapazität werden sie auch im kommenden Fürsorgerecht besondere Beachtung finden.



Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1957								1958							
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Anzahl der Werktag:			22,2	27	26,9	25	27	24,4	24	25,7	24	26	24	24	23,2	27	25,9	
Industr. Auftragsingang (kalendermonatlich) 1) 2)	BRD	1954 = 100	D	134	147	136	142	157	148	133	140	130	138	142	139	143	149	
Industriefabrikation	"	"	"	135	160	141	143	155	142	130	134	123	131	139	133	139	158	
Investitionsgüterindustrie	"	"	"	140	152	155	150	160	157	155	166	157	160	160	153	160	166	
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	"	124	121	103	131	155	143	106	112	103	117	120	129	114		
Ind. Bruttoproduktionswert 3)	BRD	Mill. DM	S	15250	16981	16781	17265	18343	17665	17011	16500	15488	17127	16591	16512	16211	17548	
Produktionsindex 4)																		
Industrie insgesamt	BRD	1936 = 100		228,5	214,5	212,5	231,2	235,9	248,0	231,0	219	220	223	234	232	236	222	
Bergbau	"	"	"	154,1	148,0	144,8	143,8	151,9	162,0	152,0	157	153	153	155	155	155	148	
Energieversorgungsbetriebe	"	"	"	336,5	330,2	336,0	379,3	385,5	406,0	420,0	415	390	384	372	346	343	335	
Bauhauptgewerbe	"	"	"	236,0	211,0	210,0	214,0	208,0	218,0	169,0	112	117	128	210	236	248	233	
Grundstoffe u. Produktionsgüter	"	"	"	210,3	201,6	202,3	211,1	211,5	214,0	195,0	196	199	200	212	213	218	210	
Investitionsgüter	"	"	"	299,0	263,7	257,1	296,5	289,1	308,0	300,0	285	295	300	311	307	321	283	
Verbrauchsgüter	"	"	"	195,1	192,2	195,4	224,8	226,4	240,0	212,0	210	206	209	216	203	199	195	
Nahrungs- und Genussmittel	"	"	"	223,1	212,2	205,5	205,4	236,9	254,0	237,0	195	190	192	210	216	219	211	
Industrieprodukt. West-Berlins 5)	W-B	"	"	115	106	119	131	127	129	121	113	121	121	125	118	108		
Produktion																		
Eisenerz	BRD	1000 t	S	1417	1613	1626	1518	1621	1617	1432	1640	1522	1607	1531	1527	1480	1402	
1949 = 100	"	"	"	186,7	212,5	214,2	200,0	213,6	213,0	188,7	216,1	200,5	211,7	201,2	195,0	184,7		
Roheisen	"	1000 t	"	1410	1530	1565	1561	1663	1605	1547	1602	1449	1513	1378	1351	1325	1398	
1949 = 100	"	"	"	236,9	257,1	263,0	262,3	279,5	269,7	260,0	269,2	243,5	254,3	231,6	227,0	222,7	234,9	
Rohstahl 6)	"	1000 t	"	1845	2066	2121	2064	2225	2176	1987	2220	1979	2061	1878	1875	1859	1922	
1949 = 100	"	"	"	241,8	270,8	278,0	270,5	291,6	285,2	260,4	291,0	259,4	270,1	246,1	245,7	243,6	251,9	
Walzwerkserzeugnisse	"	1000 t	"	1194	1388	1408	1384	1537	1427	1318	1491	1346	1375	1273	1257	1182	1340	
1949 = 100	"	"	"	226,1	262,9	266,7	262,1	291,1	270,3	249,6	282,4	254,9	260,4	241,1	238,1	223,9	253,8	
Personenkraftwagen	BRD	Anzahl	S	74076	64407	73961	88274	95532	90098	79318	102491	93487	101818	96842	97363	97243	84129	
1949 = 100	"	"	"	854,7	743,1	853,4	1018,5	1102,2	1039,6	915,2	1182,5	1078,7	1174,8	1117,4	1123,4	1122,0	970,7	
Lastkraftwagen	"	Anzahl	"	13278	12465	12822	13042	13088	11543	12034	14492	14135	14801	13775	13173	13922	13469	
1949 = 100	"	"	"	291,0	273,2	281,0	285,8	286,8	261,8	263,7	317,6	309,8	324,4	301,9	288,7	305,1	295,2	
Kupfer (Elektrolyt)	BRD	t	S	14696	15975	16815	15486	15788	15008	15215	15716	14263	16095	15464	16270	15610	16002	
Blei (Hüttenblei insgesamt)	"	"	"	12521	14801	13978	14459	16006	15153	15617	16345	14460	15012	13739	14812	13784	10187	
Zink (roh)	"	"	"	14988	15073	15075	14959	15241	15041	16013	15592	14118	15189	14237	14631	14209	14706	
Steinkohle 7)	BRD	1000 t	S	9953	11470	10838	10045	11770	11597	10514	11978	10573	11551	11140	11008	10485	11513	
1949 = 100	"	"	"	115,7	133,3	126,0	116,8	136,8	134,8	122,2	139,2	122,9	134,3	129,5	128,0	121,9	133,8	
Koks 8)	"	1000 t	"	3689	3840	3835	3686	3834	3746	3741	3824	3428	3767	3539	3701	3615	3727	
1949 = 100	"	"	"	176,1	183,3	183,1	175,9	183,0	178,8	180,0	182,5	163,6	179,8	168,9	176,7	172,6	177,9	
Steinkohlenbriketts	"	1000 t	"	513	627	593	561	681	669	583	451	216	205	251	523	527	579	
Braunkohle	"	1000 t	"	6869	8086	8061	8039	8883	8477	8399	8643	7543	8276	7530	7234	7035	7608	
1949 = 100	"	"	"	114,1	134,3	133,5	133,5	147,5	140,8	139,5	143,5	125,3	137,4	125,0	120,1	116,8	126,3	
Braunkohlenbriketts	"	1000 t	"	1249	1517	1495	1376	1482	1334	1316	1434	1345	1473	1320	1357	1279	1406	
Stromerzeugung 9)	BRD	Mill. kWh	S	6521	7069	7169	7542	8318	8360	8584	8728	7623	8204	7551	7226	6979	6532	
1949 = 100	"	"	"	205,1	222,4	225,5	237,2	261,7	263,0	270,0	274,6	239,8	258,1	237,5	227,3	219,5	205,5	
Gaserzeugung 10)	"	Mill. cbm	"	1867	1945	1952	1886	1968	1920	1958	1991	1787	1977	1838	1893	1838	1899	
1949 = 100	"	"	"	187,6	195,5	196,2	189,5	198,8	192,9	196,8	200,1	179,6	190,2	185,7	190,2	184,7	190,8	
Erdölförderung	"	1000 t	"	326,0	339,3	343,2	332,2	345,5	333,8	373,0	343,2	321,1	358,2	354,9	373,5	371,5	379,7	
Zeitungsdruckpapier	BRD	1000 t	S	20,9	24,2	24,2	23,2	22,2	21,6	20,3	21,2	20,8	23,0	19,8	18,7	19,2	20,5	
1949 = 100	"	"	"	197,4	228,6	228,6	219,2	209,7	204,1	191,8	200,3	196,5	217,3	187,1	176,7	181,4	193,7	
Papier und Pappe (ohne Zeitungsdruckpapier)	"	1000 t	"	189,2	225,0	223,7	214,5	231,2	212,8	195,1	225,0	208,0	229,1	201,6	213,8	211,5	234,6	
1949 = 100	"	"	"	199,5	237,2	235,9	226,2	243,8	224,4	205,7	237,2	219,3	241,6	212,6	225,4	223,0	247,4	
Schwefelsäure 11) (SO <sub>2</sub> -Inhalt)	BRD	1000 t	S	182,0	183,0	185,0	183,0	193,0	197,0	201,0	200,0	182,0	207,0	197,0	193,0	196,0	194,0	
Soda (Na <sub>2</sub> CO <sub>3</sub> )	"	"	"	80,2	79,8	79,6	77,9	87,9	83,9	83,0	80,4	72,5	71,7	69,3	72,3	70,3	71,3	
Chlor	"	"	"	41,4	43,3	44,5	44,1	45,4	43,9	44,7	47,6	40,8	45,4	43,0	44,3	43,5	44,2	
Stickstoffdüngemittel (N-Inhalt)	"	"	"	80,1	83,1	90,7	84,3	84,5	81,9	86,9	93,1	85,0	91,6	88,6	89,1	88,6	91,5	
Phosphordüngemittel (P <sub>2</sub> O <sub>5</sub> )	"	"	"	51,3	55,6	56,0	52,8	56,2	50,3	48,7	53,6	51,0	52,4	50,1	50,7	52,6	58,5	
Kammgarne, Streichgarne 12)	BRD	t	S	8303	10932	10691	10685	11404	10786	9003	10054	8192	8566	8355	7809	8091	9931	
1949 = 100	"	"	"	149,8	197,2	192,9	192,8	205,8	194,6	162,4	181,4	147,8	154,5	150,7	140,9	144,9	177,9	
Baumwollgarne	"	"	"	28451	34612	31906	35366	38158	35633	32814	37726	33478	35912	32917	30364	28395	32934	
1949 = 100	"	"	"	148,1	180,2	166,1	184,1	198,6	185,5	170,8	196,4	174,3	187,0	171,4	158,1	147,8	171,4	
Arbeits- und Strafschuhe	BRD	1000 Paar	S	5118	6154	7709	7747	8106	7680	6263	8208	7545	8179	7518	7050	4465	6489	
1949 = 100	"	"	"	143,1	172,1	215,6	216,7	226,7	214,8	175,2	229,6	211,1	228,8	210,3	197,2	124,9	181,5	
Haushaltsporzellan	"	t	"	6067	6538	6691	6624	6687	6697	6403	6838	6584	7181	6733	6708	6620	6951	
Schlachtungen 13)																		
Rinder insgesamt	BRD	1000 Stek.	S	208,9	253,1	247,3	269,9	310,9	282,8	263,4	264,2	225,8	253,2	229,8	229,5	227,1	244,6	
Schweine insgesamt	"	"	"	1206,9	1308,0	1160,1	1284,1	1448,3	1886,7	2306,5	1910,8	1708,5	1870,9	1562,0	1418,9	1375,0	1366,4	
Zigarren	"	Mill. Stek.	"	318	385	376	403	422	406	349	436	409	426	398	380	343	402	
Zigaretten	"	"	"	4034	5036	4676	4404	4480	4423	3626	4340	3945	4573	4506	4328	4614	5	



